

Nur wenige Schüler noch unentschlossen

Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten



Von Cornelia Müller

Lübbecke(WB). Wen soll ich am 24. wählen? Etwa 700 Schülerinnen und Schüler des Berufskollegs Lübbecke sehen in dieser Frage jetzt klarer. Sie konnten sich am Freitag in einer Podiumsdiskussion mit allen Kandidaten aus dem Wahlkreis Minden-Lübbecke I ein besseres Bild von den Politikern und ihren Zielen machen.

Moritz Ringhoff (Politik-Lehrer) und Janine Oetting (Schülerin an der Höheren Handelsschule) leiteten die Diskussion. Zur Beantwortung der Fragen hatten die Kandidaten jeweils drei Minuten Redezeit. In einer ersten Runde stellten sich alle Parteienvertreter kurz vor. Dabei sorgte Jürgen Sprick (AfD) kurz für Erheiterung, als er sagte, die sechs Kandidaten seien ja in der letzten Zeit schon öfter zusammengetroffen.

»Wir sind schon fast ein Team.«

Spätestens in den Ja-Nein-Fragen, mit denen die Schüler die Kandidaten konfrontierten, waren allerdings die Grenzen der Teamfähigkeit klar ersichtlich. Homo-Ehe? Abtreibung? Beide Mal ein klares Nein von Sprick gegen alle anderen Parteien.

Ein Großteil der Diskussion widmete sich der Bildungspolitik, nicht zuletzt deshalb, weil hier die Interessen der Schüler besonders berührt waren. Die Politiker präsentierten sich auf den ersten Blick erstaunlich einig: Alle Parteien wollen mehr Geld in die Bildung investieren, alle Kandidaten wünschen sich mehr Einflussmöglichkeiten für den Bund – CDU-Kandidat Oliver Vogt erklärtermaßen gegen die in seiner eigenen Partei vorherrschende Meinung: »Es kann nicht sein, dass in 16 verschiedenen Bundesländern immer noch 16 verschiedene Standards herrschen«, betonte Vogt.

Die Unterschiede zwischen den Parteien waren dann aber doch unübersehbar. So sprach sich Sebastian Jerry Neumann (Die Linke) für die Gesamtschule als einzige weiterführende Schule aus. Und während Jana Sasse (Bündnis 90/Die Grünen) eine bessere Bezahlung für Erzieher und mehr Kitaplätze forderte, will die AfD Kinder bis zum Alter von drei Jahren generell in der Obhut der Eltern belassen, die dafür eine entsprechende Förderung erhalten sollen: »Da ist das Geld besser aufgehoben und man braucht nicht so viele Erzieher.«

Studiengebühren lehnten die Vertreter von Grünen, Linken und der SPD im Gegensatz zur CDU kategorisch ab: Jeder müsse den gleichen Zugang zu Bildung haben, ohne Rücksicht darauf, aus welchem Elternhaus er komme. »77 Prozent der Studierenden kommen aus Akademikerhaushalten. Noch nie gab es so viel Ungerechtigkeit wie jetzt«, kritisierte Achim Post (SPD).

Ein weiteres Thema war die innere Sicherheit. Mit der Forderung nach mehr Polizisten und einer besseren Zusammenarbeit der Behörden konnten sich alle Kandidaten identifizieren. Das Thema Videoüberwachung bewerteten sie jedoch unterschiedlich. So sprach sich der Kandidat der Linken, Sebastian Jerry Neumann, gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung aus: »Ganz normale Bürger werden dadurch kriminalisiert, aber sie bietet nur wenig tatsächliche Sicherheit.«

Die Schüler blickten auch über den deutschen Tellerrand hinaus und befragten die sechs Kandidaten, wie sie zum Thema Aufrüstung und zu möglichen Sanktionen gegenüber Nordkorea stünden. Dabei erwies sich Jürgen Spricks Kritik an dem provozierenden Verhalten des nordkoreanischen Diktators als Bumerang: »Warum packen Sie sich nicht an die eigene Nase?« wurde er von einer Schülerin gefragt. »Auch Ihre Partei provoziert ja mit Kampagnen wie: Ich möchte lieber Bikini als Burka.«

In Sachen Ausländerfeindlichkeit hakten die Schüler des Berufskollegs – die sich als »Schule gegen Rassismus« versteht – gezielt noch einmal bei der AfD nach. Jürgen Sprick behauptete, erfolgreiche Integration sei nur möglich bei »Menschen ähnlicher Kulturen«. Fast ausnahmslos seien es Menschen mit muslimischem Hintergrund, die nicht zu integrieren seien – das hätten auch die Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt.

Die anderen Kandidaten widersprachen energisch. »Terrorismus hat keine Religion«, sagte Jana Sasse (Bündnis 90/Die Grünen). Die AfD zeige mit so einer Aussage nur, wo sie wirklich stehe, sagte FDP-Kandidat Frank Schäffler: »Man kann nicht von individueller Freiheit sprechen, wenn man zugleich die Religionsfreiheit einschränken will.«
